

Kreis-Blatt

für den Unterwesterwaldkreis.
(Amtliches Kreisblatt.)

Schriftleitung, Druck und Verlag von Georg Sauerborn in Montabaur.

Erst wöchentlich viermal:
Montag, Mittwoch, Freitag
und Samstag.

Abonnementspreis vierteljährlich:
der Post abgeholt 2.40 M.,
die Post zugestellt 2.70 M.,
Montabaur monatlich 80 Pf.,
unser Agenten ins Haus
gebracht monatlich 85 Pf.

Telegramm-Adress:
Kreisblatt Montabaur.

Fernruf Nr. 10.

Druckerei Peterstorffstr. 1.

Anzeigenpreise:
Die 6-spaltige Zeile oder
deren Raum 20 Pfg. Reklamen
3-spaltige Zeile 60 Pfg.

Anzeigen finden im ganzen
Kreis die wirksamste Verbreitung.
Beilagen nach Vereinbarung.

Bestellungen werden jederzeit
angenommen.

Post-Schließfach 4.

Postfach-Nr. 2244
Frankfurt a. M.

Bank-Konto:
Landesbankstelle Montabaur.

Nr. 177

Montabaur, Freitag, den 15. November 1918.

51. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Der Staatskommissar für Demobilisierung
bekannt, daß das Verlassen des linksrheinischen
Gebietes und des 10 km breiten Streifens östlich des
selben verboten ist, weil die Beförderung den durch
Truppentransporte aufs äußerste in Anspruch ge-
nommenen Bahnen unmöglich sein und die Abwanderung
Teilen der Bevölkerung Ernährungs-schwierigkeiten
zur Folge haben würde.

Das Verbleiben jedes Einzelnen an seinem Platz ist
die meiste Pflicht, weil jeder sein Eigentum am besten
schützt, indem er selbst dableibt und mithilft, die öffent-
liche Ordnung aufrecht zu erhalten und das Wirtschafts-
leben in Gang zu halten.

Der Arbeiter- und Berufsverkehr ist ohne besondere
Ausweisscheine zugelassen. Für andere notwendige Reisen
den gemäß Anweisung des Herrn Reg.-Präsidenten die
polizeibehörden die Ausweise zu erteilen und zwar
in Einverständnis mit den örtlich wirkenden Vertre-
tern der Arbeiter- und Soldatenräte bezw. der
Wirtschaftsausschüsse.

Montabaur, den 14. November 1918.

Der Landrat: Vertuch.

Montabaur, den 6. November 1918.

Betrifft: Schweinehaltungsverträge.

(Siehe Kreisblattbekanntmachung v. 24./6. 18.
Kreisblatt Nr. 97.)

Die Bezirksfleischstelle teilt mit, daß das Kriegs-
nährungsamt Futtermittel für Schweinemast zur Ver-
fügung gestellt hat. Gleichzeitig ist vom Herrn Staats-
sekretär des Kriegsernährungsamtes auch für die gegen-
seitigen Futtermitteln zu liefernden Vertragschweine
ein einheitlicher Preis von M. 130.— für den Zentner
Lebendgewicht und, wenn der Abruf vor dem 31. März
1919 erfolgt, ein Stückzuschlag von M. 85.— genehmigt
worden.

Neben einer geringen Menge Tierkörpermehl wird in
Hauptfache Weizen- und Gerstenkleie überwiesen. Die
Gerstenkleie ist nach dem gesetzlich festgesetzten Verhältnis
von Gerstenkleie, die aus der Graupenherstellung stammt,
prozentig ausgemahlen.

Der Preis der Kleie beträgt M. 10,35 je Zentner frei
Vollbahnstation des Empfängers. Der Preis für 1 Kilo-
gramm Tierkörpermehl einschließlich Porto und Verteilungs-
kosten ist M. 70.— Die Kleie wird in Papierfäden ge-
liefert. Die Futtermittel sind innerhalb 14 Tagen nach
erfolgter Lieferung bei der Zentral-Darlehnskasse für
Deutschland, Filiale Frankfurt a. M., zu bezahlen.

Die zur Verteilung gelangenden Futtermittel sollen
sowohl zur Ausmast der bereits gemeldeten Vertrags-
schweine sowie auch zur Mastung weiterer noch anzu-
meldender Vertragschweine verwendet werden mit der
Maßgabe, daß für jedes gemeldete Schwein 4 Zentner
Kleie und 3,75 kg Tierkörpermehl überwiesen werden.
Bei der geringen Zahl der bis jetzt zur Ablieferung an-
gemeldeten Schweine bleibt noch eine erhebliche Menge
Futtermittel für weitere Vertragschweine zur Verfügung.
Es ist somit die Möglichkeit gegeben, mit Hilfe dieser
Futtermittel für die Anmeldung einer größeren Zahl von
Vertragschweinen, als bisher angemeldet ist, für die Ver-
sorgung von Herr und Bevölkerung zu werben. Zu diesem
Zweck werden die in Frage kommenden Schweinehalter
auf den Bezug preiswerter Futtermittel nachdrücklich
aufmerksam gemacht. Der Abschluß von förmlichen Ver-
trägen wird nicht für nötig erachtet, es genügt wie
früher eine schriftliche Verpflichtung des Schweinehalters
zur Lieferung nach dem nachstehend abgedruckten Vor-
druck. Von denjenigen Schweinehaltern, die sich bereits
zur Ablieferung verpflichtet haben, ist nur noch
der Antrag auf Lieferung von Futtermitteln nach-
zuholen.

Die Anträge auf Futtermittel wie auch die weiteren
Anmeldungen von Vertragschweinen unter Lieferung von
Futtermitteln werden bei den Herren Bürgermeistern
entgegengenommen, die ich hiermit ersuche, die Anträge
mit zum 10. und 25. eines jeden Monats, erst-
malig zum 10. November 1918 vorzulegen.

Der Landrat.

J. B.: Schrödt, Kreissekretär.

(Name)	(Stand)	(Wohnort)
Kreis		

verpflichtet sich hiermit Schweine im Lebendgewicht
von mindestens 160 Pfund je Stück zum Preise von
M. 130.— je Zentner Lebendgewicht und einem Stück-
zuschlag von M. 85.— bei Abruf vor dem 31. März 1919
für die Versorgung von Herr, Marine und Bevölkerung
mit den vorstehenden, gesetzlich erlaubten Futtermitteln
aufzuküpfen und auf Abruf des Kommandoverbandes
jederzeit zur Ablieferung zu bringen. Die Ueberweisung
der auf Schweine entfallenden Zentner Kleie
zum Preise von M. 10,35 je Zentner und kg Tier-
körpermehl zum Preise von M. 0,70 je kg wird gleich-

zeitig beantragt. Bezahlung der Futtermittel erfolgt
innerhalb 14 Tagen nach Ankunft an die Lieferstelle.

(Unterschrift.)

den

Betr. Kartoffellieferung.

Infolge ungenügender und zur Zeit gänzlich stockender
Anlieferung von Kartoffeln besteht bei den Bedarfsstellen
teilweise Kartoffelnot, zu deren Beseitigung die sofortige
Ablieferung aller Ueberschussmengen dringend er-
forderlich ist.

Ich ordne deshalb hiermit an, daß die Kartoffel-
erzeuger ihre Ueberschüsse binnen 24 Stunden nach
Veröffentlichung dieser Anordnung im Kreisblatt dem
Bürgermeisteramt des Wohnortes anzuzeigen haben. Das
Bürgermeisteramt hat den angezeigten Gesamtüberschuß
der Gemeinde binnen 3 Tagen der Verteilungsstelle des
Kreises anzumelden.

Ausgenommen hiervon sind diejenigen Gemeinden, in
denen die Vorräte bezw. Ueberschüsse bereits durch von mir ent-
sandte Kommissionen festgestellt worden sind und welche
besondere Lieferungsanträge erhalten haben.

Nichtangezeigte Ueberschussmengen werden als verheim-
licht angesehen und bei der in den nächsten Tagen statt-
findenden Vorratserhebung enteignet werden. Für ent-
eignete Kartoffeln wird bestimmungsgemäß nur der Ueber-
nahmepreis von 2,50 M. pro Zentner vergütet.

Wer die geforderte Anzeige unterläßt bezw. verspätet
erstattet oder absichtlich falsche Angaben macht, wird auf-
grund der gesetzlichen Bestimmungen bestraft.

Die Herren Bürgermeister werden um sofortige orts-
übliche Bekanntmachung ersucht. In jeder Gemeinde ist
ein Referenvorrat an Kartoffeln für die heimkehrenden
Krieger vom dem Bürgermeisteramt einzukellern. Die
Menge des Vorrats ist hierher mitzuteilen.

Montabaur, den 12. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
Vertuch.

Der Bedarf an Benzin für landwirtschaftliche Zwecke
ist mir bis zum 5. eines jeden Monats anzumelden.

Montabaur, den 12. November 1918.

Der Landrat: Vertuch.

Joseph Villaudelle in Welschnesdorf hat seine
Tätigkeit als Fleisch- und Trichinenbeisamer für den Be-
schaubezirk Oberelbert und Welschnesdorf wieder aufge-
nommen.

Montabaur, den 12. November 1918.

Der Landrat: Vertuch.

Doch treu geblieben.

Zeitgenössischer Roman von Seyffert-Ringelz.
(Nachdruck verboten.)

Sie legte beide Hände über die Augen und dachte an-
strengt nach. Aber sie war nun ganz wie im Kopf
total erschöpft. Sie mußte das Suchen aufgeben und
warten, bis Helene kam, die würde schon wissen, wohin
das Buch gekommen.

Vielleicht hatte es Helene zu demselben Zweck heraus-
genommen, um heimlich eine Summe eintragen zu
lassen. So würde es sein. Daran hätte sie auch früher
denken können.

Aber zur Ruhe kam sie auch bei dieser Vermutung
nicht. Und während sie das Mittagessen bereicherte, erwog
sie noch allerhand Möglichkeiten, ohne zu einem Resultat
gelangen.

Bis dann endlich, mit ein wenig Verspätung, wie
ja in solchen Fällen der Zufall zu fügen pflegt, Helene
kam.

Sie sah wunderhübsch aus mit den von der kalten
Witterung geröteten Wangen. Wohlgefällig betrachtete die
Mutter ihr Töchterchen.

Aber die Frage nach dem Verbleib des gesuchten
Gegenstandes schwebte ihr doch auf den Lippen, und noch
als sie sich zum Essen niederlegte, sprach sie dieselbe aus.

„Ich suche schon den ganzen Vormittag nach dem
Büchlein, Helene, weißt du vielleicht, wohin es
gekommen ist? Es kann doch nicht verschwunden sein?“

Die Frage kam so unerwartet, so ganz unvermittelt,
daß Helene ihre Mutter fassungslos anstarrte; sie wurde
bleich und begann zu zittern. Die Anie verlagerten ihr
die Glieder. Sie konnte weder denken noch überlegen.

Im stehenden Schmerz suchte durch ihr Hirn.
Diesen Moment hatte sie seit Wochen vorausgesehen.
Und nun war sie doch so völlig überrascht, daß sie gar
nicht erst auf eine Ausrede sann.

„Wie hast du mich erschreckt!“ sagte sie tonlos, rein
automatisch.

Frau Braun füllte die Suppe auf. Nicht ein Schimmer
von Krawohn war in ihr. „Du hast es wohl gar versteckt
und heimlich Geld nach der Sparkasse gebracht.“

„Ja, und so wollte ich es gleichfalls machen. Aber ich
merkte ich n, es kommt bei den Heimlichkeiten nicht viel
heraus. Man hat nur Aufregung und Angst davon.
Also leg' das Buch nachher heraus, ich will morgen
zwei hundert Mark einzahlen, die habe ich so nebenbei
durch den Verkauf von Wohlfahrtskarten verdient!“

Helene begriff, daß sie eine Lüge erlitten, unter einem
Vorwande das Geständnis ihrer Eigenmächtigkeit hinaus-
zuwerfen könne. Zeit gewonnen, alles gewonnen. . . . Ja,
wenn nur die leiseste Hoffnung in ihr gewesen wäre, daß
Erwin ihr das Geld zurückgeben werde, so hätte sie die
Wahrheit verschwiegen und eine Ausrede erdichtet.

Aber sie hatte das unabwiesbare Gefühl, daß Erwin
gar nicht daran dachte, ihr das Darlehen zurückzugeben.
Instinktiv empfand sie auch, daß sie sich in einem
Lügenneze verstricken würde, wenn sie erst ansah, der
Mutter etwas vorzureden; nein, das hatte dieselbe nicht
um sie verlohren.

Anderserseits glaubte sie versinken zu müssen vor Scham.
Heiß und kalt übergoß es sie. In ihrer Angst und Qual
brach sie in ein heftiges Schluchzen aus. „O mein Gott,
mein Gott!“ murmelte sie jammern vor sich hin.

Frau Braun wurde stumm. Eine große Verwirrung
bemächtigte sich ihrer. „Du hast doch nicht et-
was verloren?“ fragte sie stockend.

Helene zog die Mutter bis zum nächsten Stuhl und
drückte sie gewaltig darauf nieder. Mit gekrümmten
Händen stand sie vor ihr, deren Mienen schon jetzt streng
und harter wurden.

Ein paar mal setzte Helene vergeblich zum Sprechen
an. Dann kam es tonlos, verzweiflungsvoll und scheu
von ihren Lippen:

„Ich habe das Geld abgehoben, Mama“ — betroffen
hielt sie ein, sie konnte doch Erwin nicht verraten. Nein,
nein, nur das nicht. Die Mutter hätte ihn womöglich zur
Verantwortung gezogen. Das wäre unerträglich gewesen.
Und Erwin ließ sich ja auch nichts sagen. Eine solche Aus-

einanderfegung hätte seiner Liebe zu ihr wohl den Todes-
stoß gegeben. Dahin durfte es nicht kommen.

Sie mußte die Schuld allein auf sich nehmen und alle
Folgen tragen. In ihrer inneren Gewissensangst überlegte
sie dies. Und nun wäre keine Nacht mehr imstande ge-
wesen, sie zu einer Anklage gegen Erwin zu bewegen.

Sie hob das tranenüberströmte Gesicht zu der Mutter.
„Bitte, bitte, sei mir nicht böse, ich habe das Geld abge-
hoben und — und für mich verbraucht.“

Sie brach zusammen. Es war, als versinke sie in
einer Flut von Schmerz und Qual.

Frau Braun konnte das Gesagte nicht so bald fassen.
Sie begriff nur, daß das Geld, das sauer erspart, fort
war. Ein Schwindel packte sie, eine ruckartige Wut.

„Mein Geld!“ rief sie, „ich will mein Geld wieder-
haben! Wo hast du es gelassen, ungeratenes Mädchen?“

„Mutter, liebe Mutter, frage mich nicht, ich konnte
es dir doch nicht sagen! Aber früh und spät will ich
arbeiten, um es dir wiederzugeben, auf jede Freude ver-
zichten. Nur sei mir nicht so böse, lieb mich nicht so
hart und verächtlich an, liebe, liebe Mutter!“

Sie sank nieder neben der Mutter und legte den
dunklen Kopf wie ein krankes Kind in deren Schoß. „Du
weißt ja nicht, was ich schon geküßt habe um das Geld.
Du warst so verwundert über mein schlechtes, krankhaftes
Aussehen. In keiner Nacht fand ich Schlaf vor meinen
Selbstvorwürfen, vor der Angst vor dieser Stunde.“

Frau Braun sah, daß ihr Kind gebrochen war. Dem
ersten Jähnel, ach nur zu schnell verlogenen Entrüstungs-
sturm folgte der schneidende Herzensjammern.

Ihre Hände zuckten. Sie wollten das dunkle, wellige
Haar des Mädchens streicheln, das da so ganz zusammen-
gefallen war. Aber Frau Braun beherrschte sich. Das
war doch gegen ihr Gefühl gewesen. Denn so weh ihr
auch Helenes Anblick tat, vom Verzeihen konnte hier
keine Rede sein.

Fortsetzung folgt.

Die Antwort Wilsons. Telegramm.

WVB Rotterdam, 13. Nov. Nichtamtlich. (Drahtlos.)

Hier wurde folgender Funkpruch des Schweizerischen Gesandten in Washington an den Minister des Aeußern in Bern aufgefunden:

Ich habe dem Staatsdepartement ohne Verzug die Mitteilung der deutschen Regierung zugestellt, die ihr Rabel Nr. 57 enthielt, und Staatssekretär Lansing ersuchte mich, folgende Antwort zu übermitteln:

In der gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses hat der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt, daß die Vertreter der associierten Regierungen in dem Obersten Kriegsrat in Versailles durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte verweigert haben, daß alles, was unter den Umständen möglich ist, geschehen wird,

um sie mit Lebensmitteln zu versorgen und die Not zu erleichtern,

die an vielen Orten geradezu das Leben bedroht und daß unmittelbare Schritte getan werden können und diese Unterstützung in derselben systematischen Weise zu organisieren, wie es im Falle Belgiens geschehen ist.

Weiterhin sprach der Präsident seine Ansicht aus, daß mit Hilfe der stillliegenden Schiffe der Mittelmächte es alsbald möglich sein müsse, ihre unterdrückte Bevölkerung vor der Furcht vor völliger Verelendung zu befreien und ihren Sinn und ihre Energie für die große und gefährliche Aufgabe des politischen Wiederaufbaues frei zu machen, denen sie überall gegenüberstehen.

Dementsprechend beauftragte mich der Präsident zu erklären, daß er bereit sei,

die Belieferungen Deutschlands mit Lebensmitteln

in wohlwollende Erwägung zu ziehen und die Frage sofort mit den Verbündeten zu erörtern, vorausgesetzt, daß er versichert sein kann, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland weiterhin herrschend bleibt und daß eine unparteiliche Verteilung der Lebensmittel verbürgt ist.

gez.: Sulzer,
Schweizerischer Gesandter.

Das Regierungsprogramm in Preußen.

Eine Rundgebung.

Berlin, 13. Nov. (W. B.) An das preußische Volk! Preußen ist, wie das Deutsche Reich und die anderen deutschen Bundesstaaten durch den Willen des Volkes zum freien Staat geworden. Aufgabe der neuen preußischen Landesregierung ist es, das alte, von Grund auf reaktionäre Preußen so rasch wie möglich in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen Volksrepublik zu verwandeln. Ueber die zukünftigen Staatseinrichtungen Preußens, seine Beziehungen zum Reich, zu den anderen deutschen Staaten und zum Ausland wird die verfassungsgebende Versammlung entscheiden. Ihre Wahl erfolgt auf den Grundlagen des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen und nach dem Verhältniswahl-system. Bis zum Zusammentritt der verfassungsgebenden Versammlung hat die vorläufige Regierung, die getragen ist von dem Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte, die Geschäfte übernommen. Sie sieht ihre erste Aufgabe darin, im engen Zusammenhang mit der neuen Reichsleitung für die Ordnung und Sicherheit im Lande und für die Volksernährung zu sorgen. Sie ist dabei angewiesen auf das Verständnis und den guten Willen der Bevölkerung im allgemeinen und insbesondere auf die gewissenhafte Mitarbeit aller Beamten in Staat- und Selbstverwaltungskörperschaften. Alle Beamten, die sich der neuen Regierung stellen, sind ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und auf ihre Pflichten hingewiesen. Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue, freie Preußen jetzt und in Zukunft gestellt sieht, seien nur diese hervorgehoben:

Durchführung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamten;
gründliche Reform der Besoldungs- und Lohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten einschließlich der Pensionäre und Altpensionäre, und bis zur endgültigen Regelung die Gewährung ausreichender Feuerungszulagen;

Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der Volkshule und der Schaffung einer Einheitschule;
Befreiung der Schule von jeglicher kirchlichen Bevormundung;

Trennung von Staat und Kirche;
Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften, Beseitigung der Gutsbezirke;

völlig gleiches Wahlrecht beider Geschlechter für alle Gemeindevertretungen in Stadt und Land;
entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreis- und Provinzialverwaltungskörper;

raschster Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle;

Hebung und Modernisierung der von Industrie und Landwirtschaft, Bergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe;
Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus;
Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundsätzen strengster sozialer Gerechtigkeit.

Es ist eine ernste schwere Zeit, in der die Regierung an ihre Arbeit gehen muß. Bedrückend ist die Fülle der Aufgaben, vor die sie sich gestellt sieht. In den vier Jahren des furchtbaren Krieges haben sich die menschlichen und wirtschaftlichen Kräfte des Landes erschöpft. Nur durch einmütiges Zusammenstehen des gesamten Volkes kann der Untergang abgewendet werden. Nur so können wir denen, die jetzt aus dem Felde zurückkehren sollen, nicht ihre Leiden und Opfer vergelten, wohl aber die Fortsetzung dieser Leiden ersparen. Nur so können wir das Gespenst des Hungers bannen, das vornehmlich unsere Frauen, Kinder und Kranken schon jetzt aufs schwerste bedroht. Was wir alle haben wollen: Freiheit, Frieden und Brot kann nur gesichert werden, wenn das wirtschaftliche Leben in Stadt und Land aufrecht erhalten bleibt. Darum steht zusammen, helfe mit zum Wohl des Ganzen!

Berlin, 13. November.

Die preussische Regierung: Girsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Hämisch, Adolf Hoffmann.

Die Anbahnung eines Präliminarfriedens.

Berlin, 14. Nov. Wie wir erfahren, ist der Abschluß eines Präliminarfriedens bereits angebahnt. Bei den Verhandlungen im französischen Hauptquartier waren nur Franzosen und Engländer beteiligt. Italiener und Amerikaner waren nicht zugegen. (Mn. B.)

Neue Einschränkungen im Fernverkehr.

Berlin, 14. Nov. Wie die Staatsbahndirektion Berlin mitteilt, kann zur Durchführung der Demobilisierung nur noch ein geringer Teil der bisherigen Züge für den öffentlichen Verkehr gefahren werden. Für die nächste Zeit, vielleicht schon für die nächsten Tage, muß sogar mit einer völligen Einstellung des gesamten, nicht zum Militärverkehr dienenden Personenverkehrs gerechnet werden. Der Bevölkerung kann daher nur angeraten werden, Reisen jeder Art zu unterlassen, zumal die Reisenden keine Gewißheit haben, daß sie Gelegenheit zur Rückreise finden. Wie wir hören, ist eine Einschränkung des Vortrkehrs nicht beabsichtigt.

Ergänzung der Waffenstillstandsbedingungen.

Auslieferung von Kriegsschiffen und Helgoland.

WVB Berlin, 13. Nov. Der deutschen Waffenstillstandsdelegation ist folgender Zusatz zu dem Vertrage zugegangen: Mit Rücksicht auf die neuen Ereignisse wird den Bedingungen des Waffenstillstandes zur See hinzugefügt: Falls die Fahrzeuge nicht in den bezeichneten Häfen übergeben werden sollten, werden die Regierungen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten das Recht haben, Helgoland zu besetzen, um ihre Uebergabe zu sichern.

WVB Berlin, 13. Nov. Für Ziffer 23 der Waffenstillstandsbedingungen (Internierung deutscher Kriegsschiffe in neutralen Häfen oder in Häfen der verbündeten Mittelmächte) sind von England zunächst folgende Kriegsschiffe namhaft gemacht:

Bayern, König, Großer Kurfürst, Kronprinz Wilhelm, Markgraf, Friedrich der Große, König Albert, Kaiserin, Kaiser, Prinzregent Luitpold, Hindenburg, Desflinger, Seiditz, Molke, von der Tann, Brummer, Bremse, Köln, Dresden, Emden, Frankfurt, Wiesbaden, fünfzig moderne Zerstörer.

Die Abfahrt muß bis 18. November 5 Uhr vormittags erfolgen. Das Ziel ist noch nicht bekannt. Die Schiffe sollen mit reduzierter Besatzung fahren und ohne Munition.

Berlin, 13. Nov. Der Völkerverband hat angesichts der gegenwärtigen Zustände in Deutschland sich auf den Standpunkt gestellt, daß sie, wenn zum angegebenen Termin die deutschen Kriegsschiffe nicht abgeliefert werden können, das Recht haben müssen, Helgoland zu besetzen. Man hat an maßgebender Stelle große Bedenken, ob es möglich sein wird, bis zum 18. d. M., vormittags 10 Uhr das Auslaufen der zahlreichen großen Kriegsschiffe, deren Liste inzwischen auch von England eingegangen ist, zu bewerkstelligen. Man befürchtet sehr, daß die Mannschaft zunächst sich sträuben wird, mit diesen Kriegsschiffen nach England zu fahren, weil sie sich dort der Gefahr aussetzen muß, vor dem Publikum als Besiaste herumgeführt zu werden. Es handelt sich bei dieser Angelegenheit in jeder Stunde noch einmal um wichtige Interessen. Wir glauben annehmen zu können, daß die Regierung zweifellos von Seiten des Völkerverbandes ein Zugeständnis dahin erwirken kann, daß die Mannschaft, die mit den Kriegsschiffen nach England, oder anderen Häfen der Alliierten kommt, unbehindert wieder in ihre deutsche Heimat zurückkehren kann.

Staatssekretär Erzberger.

Berlin, 14. Nov. Staatssekretär Erzberger ist von der Waffenstillstandskommission mit der Führung der Geschäfte, die mit der Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen zusammenhängen, betraut worden.

Der Rückzug der deutschen Heere.

WVB Köln, 13. Nov. Wie eine Drahtnachricht aus Osnabrück berichtet, ist die erste Rückzugsstaffel hier eingetroffen. In buntem Durcheinander drängt alles der Heimat zu. Um eine schwere Gefährdung der Or-

nung in Deutschland zu verhüten, ist unverzüglich mit allen Mitteln moralisch auf die zurückflutenden Truppen im Sinne der Wiederherstellung der Ordnung hingewirkt.

Die Verwaltung des linksrheinischen mit dem übrigen Deutschland.

Berlin, 14. Nov. Wie der Mn. B. mitgeteilt wird, wird die Einheit der Verwaltung und der Zusammenhang zwischen dem linksrheinischen und dem übrigen Deutschland auch unter der feindlichen Besetzung gewahrt bleiben.

Auflösung des Abgeordnetenhauses.

Abschaffung des Herrenhauses.

Berlin, 14. Nov. Wie verlautet, beabsichtigt die neue preussische Regierung, sobald sie endgültig konstituiert ist, das Abgeordnetenhaus als aufgelöst und das Herrenhaus als abgeschafft zu erklären.

Amsterdam, 13. Nov. Gestern mittag um 3 Uhr ist der Kronprinz in fünf Autos in Holland angekommen. Eine Patrouille holländischer Soldaten begegnete ihm auf der Straße von Longern und internierte ihn. Er trug die Uniform der Totenkopfhusaren und war von Major Mulder, Major von Müller, Rittmeister Jobeltitz, einigen Chauffeurs und Kammerdienern begleitet. Sie kamen von Schloß Roumont, wo er nach der Mitteilung eines der Chauffeurs sich herzlich von seinen Truppen verabschiedet hatte. Wahrscheinlich wird er mit seiner Begleitung die Nacht im Palais des Kommissars der Königin in Limburg verbringen. Man hat im Haag wegen den Instruktionen angefragt. Die Straßen vor dem Palais sind von Soldaten abgesperrt.

Gegen den Kaiser.

Ein Gerichtshof der Alliierten.

Berlin, 14. Nov. Wie der „Vorwärts“ schreibt, zählt die englische Staatskommission zur Vorbereitung der Anklage gegen Angehörige des deutschen Heeres wegen Verletzung des Völkerrechts und der Kriegsgebräuche 22 Mitglieder, darunter Vertreter des Kriegsministeriums, der Admiralität, des Auswärtigen Amtes, Völkerrechtslehrer und Juristen; sie arbeitet mit gleichgearteten Kommissionen der anderen Ententemächte zusammen. Die Anklage erstreckt sich auch auf Wilhelm II. und den deutschen Generalstab.

Verschiedene englische Blätter fordern von Holland die Auslieferung des Kaisers an die Alliierten, um ihn, vor hundert Jahren Napoleon, auf Lebenszeit zu internieren und unschädlich zu machen.

Teilnahme Wilsons an der Friedenskonferenz.

Amsterdam, 14. Nov. Der Korrespondent des Manchester Guardian sagt, er habe erfahren, daß Präsident Wilson definitiv beschlossen habe, sich an der Friedenskonferenz zu beteiligen, und daß er schon im Mitte Dezember in London erwartet werden könne.

Ein Hilferuf der deutschen Katholiken an den Papst.

Gestern nachmittag ist folgender Funkpruch nach Rom abgegangen:

Köln, 13. Nov. 1918.

Papst Benedikt XV., Vatikan, Rom.

Das Kölner Komitee der deutschen Katholiken im Rheinland bittet im Namen aller deutschen Katholiken Ew. Heiligkeit aufs dringendste zum Schutze des bedrängten deutschen Volkes, das von schweren Leiden und bitterer Hungersnot bedroht ist, ihre Stimme zu erheben. Heimjungen stehen uns bevor, noch schlimmer als die der Kriegsjahre. Nach dem Wortlaut der grausamen Waffenstillstandsbedingungen können die Völkerverbände treiben. Die verlangte Abgabe des für uns unentbehrlichen Eisenbahnmateriells legt den für die Ernährung seit vier Jahren hungenden Volkes nötigen Verkehr nieder. Lebensmittel für feindliche Besatzungstruppen sind nicht aufzubringen. Instandigt bitten wir darum Ew. Heiligkeit, im Namen der Menschlichkeit und der Grundgesetze der Religion der Liebe bei den Verbündeten für das Recht zum Leben unseres Volkes einzutreten.

Geheimrat Billes, Vorsitzender des Kölner Katholikenkomitees.

Custodis, Rechtsanwalt.

Dr. Hoerber, Hauptredakteur.

Anrufe der Zentrumsfraktionen des Reichstages und des preuß. Landtages.

An die Zentrumswähler in Stadt und Land.

Heute um 2 Uhr sollte der Deutsche Reichstag zusammenzutreten. Die Sitzung ist aufgehoben.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hatte sich am 7. November versammelt. Die meisten ihrer Mitglieder sind durch die Ereignisse von Berlin ferngehalten oder heimgerufen worden.

Die in Berlin anwesenden Abgeordneten wenden sich an das Volk und erklären: Wir beanspruchen feierlich Achtung und Gleichberechtigung unserer Grundsätze. Wir machen Gebrauch von dem Rechte der Freiheit des Volkes und dem Versammlungsrecht.

Die Zentrumspartei wird alle, die sich zu ihren Grundsätzen bekennen, im entscheidenden Augenblick an die Wahlurne rufen.

Jetzt aber gilt es, für **Ruhe, Sicherheit und Ordnung im Lande zu arbeiten**, um die geregelte Führung der Staatsgeschäfte zu ermöglichen. Dabei muß jedem die Wahrung seiner politischen und religiösen Überzeugung gesichert sein.

Wir bitten unsere Parteifreunde im ganzen Lande: **Bereitet die Wahlen vor! Klärt auf und belehrt die Frauen!** Schließt euch von der Arbeit für öffentliche Einrichtungen nicht aus! Helft Ordnung bewahren und öffentliche Sicherheit, damit wir alle Brot und Leben haben! Wartet die Weisungen der Parteileitung ab!

Berlin, den 13. November 1918.

Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages:

Dr. Jähbender, Giesberts, Cohnmann, Dr. Pfeiffer, Dr. Fehr, von Rechenberg, Schiffer.

Parteifreunde in Preußen!

Im Anschluß an den Aufruf unserer Parteifreunde aus dem Reichstag wenden auch wir uns an euch.

Die gegenwärtige Zeit verlangt wie von jedem Staatsbürger so auch von uns in Preußen, daß wir **alles tun, um Ruhe und Ordnung im Staats- und Wirtschaftsleben aufrecht zu erhalten**, damit Hungersnot und Blutvergießen ferngehalten werden.

Wir müssen deshalb, ohne unsere Weltanschauung u. unsere Grundsätze preiszugeben, unsere Kraft an allen Stellen, wo es uns möglich ist, auch jetzt in den Dienst des Vaterlandes stellen.

Zugleich müssen wir **unsere Organisation stärken und ausbauen**, damit wir bei den in Aussicht stehenden Wahlen, an denen auch Frauen teilnehmen sollen, und bei der Neuordnung der Verhältnisse voll zur Geltung kommen.

Unser Wahlspruch lautet: Für Wahrheit, Freiheit, Recht!

Berlin, den 13. November 1918.

Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses:

Giesberts, von dem Hagen, Dr. Hager-Blabach, Jtschert, Dr. König, Wildermann-Warburg.

Lokales und Provinzielles.

△ Montabaur, 15. Nov.

Stadtvorordneten-Versammlung.

In der am 13. d. Mts. stattgefundenen Sitzung waren anwesend 5 Mitglieder der Magistrats, 13 Stadtverordnete und der Protokollführer Hr. Oberstadtssekretär Blaum. An der Sitzung nahmen außerdem Teit der Arbeiterbeirat, Herren M. Hermann und Georg Kunoth, der Bauernbeirat Herren Melchior Fehl und Peter Kothbach und der Obmann des Sicherheitschuzes Herr Leo vom Ende. Der Herr Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einer kurzen, auf die derzeitigen Verhältnisse bezüglichen Ansprache und gab der Hoffnung Ausdruck, daß in Kürze wieder Ruhe, Zufriedenheit und Ordnung zum Wohle der Gesamtheit eintreten möge, begrüßte sodann die miterschiedenen Mitglieder des Arbeiter- und Bauernbeirats und den Herrn Obmann des Sicherheitschuzes und ersuchte die Herren, sich an den Beratungen zu beteiligen. Hierauf gelangte das Protokoll der letzten Sitzung zur Verlesung, wurde genehmigt und unter schriftlich vollzogen. Der Herr Vorsitzende gab sodann Kenntnis von einem Schreiben des Herrn Reuthner, nach welchem dieser im Interesse seiner Gesundheit seine Ämter als Stadtverordneter und Waisenrat niederlegt.

Die rechtzeitig bekannt gegebene Tagesordnung wurde nunmehr wie folgt erledigt:

1. Beschlußfassung über Stadtverordnetenwahlen.

Herr Bürgermeister Reis hieß die Mitglieder des Arbeiter- und Bauernbeirats, sowie den Obmann des Sicherheitschuzes, Herrn Leo vom Ende Namens des Magistrats herzlich willkommen und führte sodann aus: „Wenn ich auch die Vertretung der 3. Klasse, bezw. der Arbeiter im Stadtvorordneten-Kollegium, wie ich schon des öfteren ausgeführt, unbedingt notwendig halte, so halte ich mit Rücksicht auf die in Kürze stattfindende Umänderung des Wahlrechtes es doch für ratsam, einstweilen von der Wahl abzusehen, aber schlage vor, die sich gebildeten Arbeiter- und Bauernbeiräte sowie den Obmann des Sicherheitschuzes mit als städtische Körperschaft anzuerkennen und bis zur endgültigen Wahl des ganzen Kollegiums nach dem neuen Wahlrecht, welches heute schon proklamiert wurde zu den Sitzungen der Stadtverordneten-Versammlung mit beratender Stimme zuzulassen. Es sprachen in demselben Sinne noch die Herren Bahl, Flügel, Dr. Wentrup und Fries, sowie das Mitglied des Arbeiterbeirats Herr Hermann. Alsdann wurde der Antrag des Herrn Bürgermeisters einstimmig angenommen.“

2. Tragung der Kosten für den Sicherheitschuz.

Herr Bürgermeister Reis berichtete über die entstehenden Kosten. Bei der hierauf folgenden Aussprache wurden Anregungen laut über die Reduzierung der Wachmannschaften und Zahlung eines halben Tagelohnes an diejenigen Personen, welche einen Ausfall am Verdienst haben, im Allgemeinen aber wurde die Wache in ihrem derzeitigen Bestande für notwendig erachtet und seitens des Obmanns Herrn v. Gode betont, daß die Ausfälle an Verdienst gewissenhaft geprüft werden. Eine Nachweisung über die ausgezahlten Kosten soll wöchentlich dem Magistrat vorgelegt werden. Hierauf wurden die Kosten des Sicherheitschuzes und der Mitglieder des Arbeiter- und Bauernbeirats zc. einstimmig genehmigt. Bei einer hierauf folgenden Besprechung über die Lebensmittel teilte Herr Bürgermeister Reis mit, daß der Arbeiter- und Bauernbeirat sein Geschäftszimmer auf dem Rathhaus eingerichtet habe. Herr Bürgermeister erkannte die bisher geleistete Arbeit der Räte an, machte aber darauf aufmerksam, daß nach den für Arbeiter- und Bauernrat erteilten allgemeinen Richtlinien dieselben in erster

Linie für die reifliche Erfassung und Herbeischaffung von Lebensmitteln zu sorgen hätten, damit unter allen Umständen eine Stockung in der Lebensmittelversorgung vermieden werde. Er warnte davor, alle auf dem Rathause lagernden Lebensmittel auf einmal oder in Kürze auszugeben, um zu vermeiden, daß wir in 3-4 Wochen gänzlich aller Lebensmittel verlustig sind. Er betont, daß es leichter sei, Lebensmittel zu verteilen, als zu beschaffen und wies darauf hin, daß er seine Aufgabe während der Kriegsjahre vor allem darin gesehen habe, möglichst viel Lebensmittel, hauptsächlich vom auswärtig zu beschaffen und alsdann gerecht und wirtschaftlich zu verteilen. Anschließend hieran fand eine kurze Besprechung betr. die Verpflegung der sich unterwegs befindenden Truppen statt.

Zum Schlusse lud Herr Bürgermeister die Herren auf Freitag Nachmittag 3 Uhr zur Inbetriebsetzung der zu einer elektr. Kraftstation umgebauten früher Hermann'schen Mühle ein, womit die Sitzung geschlossen wurde.

Die Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden läßt im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates in Wiesbaden am Montag, den 18. d. M. und folgende Tage eine Anzahl Pferde versteigern. Näheres im Anzeigenteil.

Nußholzverkauf

in der Oberförsterei Neuhäusel (Westerw.)

Vor dem Einschlage sollen die nachstehend aufgeführten Hölzer im Wege des schriftlichen Meistgebotes verkauft werden und zwar aus dem Schutzbezirk Jägerpfad in den Distrikten 46a, 49 (Krauschhof), 51a (Mittelberg), 43a (Bordere Weidenhau) und Totalität, Schutzbezirk Simmern Distrikt 16a (Himmertich):

Los 1: Buchenstämme 1r Kl. ca. 3 fßtm. (über 59 cm D. M.)
Los 2: „ 2r „ „ 30 „ (50-59 „ „ „
Los 3: „ 3r „ „ 80 „ (40-49 „ „ „
Los 4: „ 4r „ „ 180 „ (30-39 „ „ „
Los 5: „ 5r „ „ 120 „ (unter 30 cm „ „

Kaufliebhaber wollen ihre für jedes Los und je Festmeter abzugebenden Gebote verpackt mit der Aufschrift: „Angebote auf Buchennußholz“ an die Oberförsterei Neuhäusel (Westerwald) einreichen. Dem Gebote ist die Erklärung beizugeben, daß die Verkaufsbedingungen bekannt sind und als bindend anerkannt werden. Nach dem 22. November 1918 eingehende oder solche Gebote, welche den Bedingungen nicht entsprechen, haben keinen Anspruch auf Berücksichtigung. Geöffnet werden die Gebote am **Montag, den 26. November 1918, vormittags 11 Uhr**, auf dem Geschäftszimmer der Oberförsterei. Der Zuschlag erfolgt entweder im Termine oder innerhalb 14 Tagen durch den Revierverwalter.

An unsere

Nassauer Landwirte!

Die unterfertigten landwirtschaftlichen Körperschaften wenden sich hiermit ernst und eindringlich an die Nassauer Landwirte!

Wir haben uns bisher stets und grundsätzlich von allen politischen und Parteifragen fern gehalten, und wir haben klug daran getan, da wir nur dadurch politisch oft auseinandergehende Meinungssträger zu gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit in vollkommener Eintracht vereint haben.

Der Sturz der alten, und die Errichtung der neuen Regierung ist bei der heutigen Lage der Dinge keine politische und keine Parteifrage mehr: es ist heute gleichgültig, **wer unser Land und Volk rettet, wenn es nur gerettet wird**. Und keiner darf darum abwarten, ob die neue Gewalt auch wirklich retten wird, sondern wir müssen **alle unsere ganze Kraft mit dafür einsetzen, daß die neue Gewalt Vaterland und Volk vor dem Untergang bewahrt**.

Das ist unser aller unweigerliche und selbstverständliche Pflicht.

Darum rufen wir unseren Nassauer Landwirten zu:

Fügt Euch willig allen Anordnungen, die ergehen.

Werft den Kleinmut und den Verdruß vergangener Zeiten hinter Euch; denkt daran, was heute auf dem Spiel steht und liefert dem darbenenden Volk, was es braucht zur Fristung des Lebens.

Die Not ist groß; sie würde unerträglich, wenn Ihr versagen solltet.

Denkt an die furchtbare Gefahr, die Euren Dörfern, Euren und Eurer Angehörigen Besitz und Leben droht, wenn aus Mangel an Lieferungen Hungersnot ausbricht, wenn von Hunger getriebene Haufen aus den leergeessenen Städten auf das Land sich wälzen, um mit Gewalt zu nehmen, was Ihr unterlassen habt, aus eigener Entschlieung zu liefern.

Liefert aber nicht nur die von Euch gebauten Lebensmittel ab, sondern öffnet auch Eure Spinde, Schubladen und Beutel: Legt Euer Geld ein bei Euren Creditgenossenschaften und anderen Geldinstituten; die Gesamtheit bedarf des Geldes ebenso gut wie des täglichen Brotes; den eingezahlten Guthaben droht keinerlei Gefahr, den daheim vermeintlich wohlverwahrten Baarmitteln vielleicht die allergrößte.

Bei uns in den großen Städten vollzieht sich heute Alles in bester, muster-gültiger Ordnung.

Helft Ihr an Eurem Teil, daß es in Stadt und Land so bleibe!

Dann dürfen wir hoffen, daß aus dieser furchtbar schweren und dunklen Zeit ein neues deutsches großes Reich und Volk erstehe, an dem wir **alle** noch unsere Freude haben werden.

Landwirtschaftskammer
für den Regsbez. Wiesbaden
Bartmann-Lüdicke.
Verband der Nass. Landwirtsch.
Genossenschaften
zu Wiesbaden
Petitjean.

Verein der Nassauischen
Land- u. Forstwirte e. V.
Bartmann-Lüdicke.
Verband ländlicher Genossen-
schaften Nassauischer Organisation
in Nassau zu Frankfurt a. M.
Dr. Nolden.

Mitbürger!

Der Bürgerschutz für Eigentum und persönliche Sicherheit ist gegründet und in Tätigkeit. Daneben wurde in vollem Einverständnis mit den Bürgern ein Arbeiterbeirat gewählt, welcher die Kontrolle der Lebensmittelverteilung übernimmt und dafür Sorge trägt, daß eine reelle Verteilung erfolgt. Auch nimmt der Arbeiterbeirat in Verbindung mit dem 20er Ausschuß Beschwerden oder Wünsche der Bürger von Montabaur entgegen und wird dafür Sorge getragen, etwaige Mißstände zu beseitigen. Der Arbeiterbeirat nimmt weiter Kenntnis von allen behördlichen Verfügungen, damit die Interessen der Bürger in jeder Art und Weise gewahrt sind. Alle weiteren Wünsche werden auf dem Büro des Arbeiterbeirats im Rathause Zimmer Nr. 3 entgegengenommen und geprüft.

Mitbürger!

Ein jeder gehe, wie es die Pflicht gebietet, seiner gewohnten Arbeit nach! Um alle Angelegenheiten schnell und gut erledigen zu können, dazu bedarf es der Mithilfe eines jeden Einzelnen.

Ruhe und Besonnenheit ist die erste Pflicht! Keine unnützen Reden oder Begebenheiten unter die Leute tragen, kein unnötiges Herumstehen oder Wandern auf öffentlichen Plätzen und Straßen.

Die Ordnung darf nicht gestört und soll aufrecht erhalten werden. Aller Dienst der Behörden auch die Lebensmittelversorgung gehen in geordneter Weise weiter.

Landwirte von Montabaur!

Helft soviel Ihr könnt und gebt an die zuständigen Stellen ab, was Ihr abbringen könnt. Keiner lasse sich nötigen. Die Milchfrage ist besonders brennend; die Jugend bedarf ihrer. Landwirte, laßt uns zusammen arbeiten und wirken zum Wohle des Ganzen.

Montabaur, den 12. November 1918.

Der Arbeiterbeirat in Verbindung mit dem Bürgerschutz und dem Magistrat.

Reis, Bürgermeister.

vom Ende.

Germana.

Lärchen-Tauchgefäßer

stets auf Lager

Josef Bruch, Küfermeister, Selterskirchen.

Eine gute Fahrrad

(Lahnraße), im Dezember zum zweiten mal taubend, zu verkaufen.

Frau Joh. Paul Aals Witwe, Ellenhausen, b. Selters (Westerwald).

Ederleim, Raschinnöl, Schnöl,

Raschinneseit,
Schellack, Politur,
Glanzbad, Mattlack
kaufen jedes Quantum

C. Mand,
Pianosfabriken,
Coblenz,
Schloßstraße 38.

Apfel-, Birnen-,
Zwetschen-, Pflaumen-,
Hochstamm, Spaltiere,
Pyramiden, Buschbäume,
Plantannen,
Weinmischfelsen, Thuja,
Chypressen, Ziersträucher,
Efeu, sehr starke Kastanien
und Kugelazarien

in bekannter nur Westerm.
Kultur offeriert

Baumschule Grimm,
Ranbach.

Ein schöner Bulle,

Niederl. Rasse, 19 Monate
alt, steht zu verkaufen bei
Jakob Alois Schwidert,
Sillscheid.

Haarzöpfe und Ketten
werden angefertigt.

Frau Stolz,
Montabaur, Gr. Markt 6.

Möbliertes Zimmer

mit und ohne Kaffee zu ver-
mieten. Näh. i. d. Geschäftsst.

Bekanntmachung.

Sämtliche Militärpersonen, welche sich in dieser Stadt aufhalten, ohne Urlaub von den zuständigen Soldatenräten, haben sich unverzüglich bei Vermeidung schwerer Strafen zu ihren Ersatz-Regimenten zurückzugeben.

Montabaur, den 15. November 1918.

Reis, Bürgermeister.

Arbeiterrat: Bauerrat: Bürgerausschuß:
J. A.: J. A.:
Germann. Fehl. vom Ende.

Bekanntmachung.

Wegen vorübergehend eingetretener Beschränkung des Bargeldverkehrs ist es notwendig geworden,

die Auszahlung des Krankengeldes an unsere erkrankten Mitgl. der bis auf Weiteres nur noch durch Postchecküberweisung

erfolgen zu lassen. Die nicht in Montabaur wohnhaften Mitglieder wollen deswegen die Krankenscheine durch die Post hier einreichen, woraufhin das Krankengeld durch Postcheck überwiesen werden wird.

Montabaur, den 14. Nov. 1918.

Allgemeine Krankenkasse für den Unterwesterwaldkreis in Montabaur.

Der erste Vorsitzende: Der Geschäftsführer:
D i g. B r u n s.

Bekanntmachung.

Der hohe Krankenstand der letzten Monate hat eine vorübergehende Erhöhung der Beiträge bei unserer Kasse notwendig gemacht. Vom 28. Oktober 1918 an werden daher folgende Beiträge bis auf Weiteres erhoben:

Lohnstufe	I.	=	0,83	Mark wöchentlich,
"	II.	=	0,66	" "
"	III.	=	0,99	" "
"	IV.	=	1,32	" "
"	V.	=	1,65	" "
"	VI.	=	1,98	" "

Montabaur, den 14. November 1918.

Allgemeine Krankenkasse für den Unterwesterwaldkreis in Montabaur.

Der Aussch.: Der Vorstand:
Winter, Olig,
stellvert. Vorsitzender. 1. Vorsitzender.

Die Kassenverwaltung:

B r u n s.

Geschäftsführer.

Die Landwirtschaftskammer

für den Regierungsbezirk Wiesbaden

läßt im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrats in Wiesbaden

am Montag, den 18. dieses Monats,

im Hofe der neuen Artilleriekaserne (Ersatz-Pferdedepot), Wiesbaden, Gersdorffstr. 6

etwa 80 Pferde,

ferner am Dienstag, den 19. dieses Monats und am Donnerstag, den 21. dieses Monats vor der Rennbahn in Ebernheim bei Wiesbaden

eine größere Anzahl Pferde

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern. Die Versteigerungen beginnen jeweils vormittags 10 Uhr. Zugelassen werden nur Landwirte und Gewerbetreibende des Kammerbezirks, die sich als solche ausweisen können. Händler sind vom Kauf ausgeschlossen. Es handelt sich um durchweg leichtere Pferde. Zahlung mittels Schecks, die einen ordnungsmäßigen, mit Stempel und zwei Unterschriften versehenen Beleg der Bank tragen, daß der Aussteller über ein Bank Guthaben verfügt, das mindestens den Kaufpreis der versteigerten Pferde deckt, ist zulässig. — Halfter zum Führen der Pferde sind mitzubringen.

Selterjer Darlehnskassen-Verein

e. G. m. u. H.

in Bielbach in Liquidation.

Zu der am Sonntag, den 24. November 1918, nachmittags 2 Uhr,

im Saale des Gastwirts Gerhard Wüthler in Bielbach stattfindenden

ordentlichen

Generalversammlung

werden die Mitglieder des Vereins freundlichst eingeladen

Tagesordnung:

Genehmigung der Rechnung und Bilanz pro 1917. Entlastung der Liquidatoren und des Rechners.

Die Rechnung und Bilanz liegen eine Woche vor der Versammlung zur Einsicht der Mitglieder im Kassenzimmer offen.

Bielbach, den 12. November 1918

Die Liquidatoren:

Rüssler. Kohlenberg. Frohneberg. Berger.

„Herr dein Wille geschehe!“

„Seine Seele dem lieben Gott, sein Herz den Eltern, seinen Leib der Heimaterde.“



Anverwandten, Freunden und Bekannten machen wir die tieftraurige Mitteilung, dass unser guter, lebensfroher Junge, unser lieber Bruder, Enkel und Neffe

Otto Franz Josef Nimax

Untersekundaner des königl. bayerischen Gymnasiums,

im Kloster Ettal in Oberbayern, nach Gottes unerforschlichem Ratschluss am 9. November nachmittags 4 1/2 Uhr, im Alter von 17 1/2 Jahren, versehen mit den Tröstungen unserer heiligen Kirche, sanft verstorben ist.

Am Samstag, den 2. November, am Allerseelentag, wurde er von der schrecklichen Kriegskrankheit der Grippe befallen, welche seinem jungen hoffnungsvollen Leben am darauf folgenden Samstag, ein allzufrühes Ende bereitet.

Er starb, treu behütet und gepflegt von den barmherzigen Schwestern und recht gut vorbereitet durch seine geistlichen Lehrer die Herren Benediktinerpatres. Leider war es seinen tiefgebeugten Eltern nicht mehr möglich, ihn noch unter den Lebenden anzutreffen, da die Krankheit einen ungewöhnlich raschen Verlauf nahm.

In tiefstem Schmerz:

Gustav Nimax und Frau Johanna geb. Wittgert.

Peter Gustav Nimax z. Zt. im Felde.

Hanny Nimax.

Irmgard Nimax.

Anneliese Nimax.

Ransbach, Westlicher Kriegsschauplatz, Wiesbaden, Hamburg, Engers, den 14. November 1918.

Die Beerdigung erfolgt nach der Ueberführung der Leiche in die Heimat. Näheres hierüber wird noch bekannt gegeben.

Sollte jemand aus Versehen keine Anzeige erhalten, so bitten wir diese als solche zu betrachten.

Todes-Anzeige.

„Wiedersehn war seine und unsere Hoffnung!“



Nach Gottes unerforschlichem Ratschluss starb im Alter von 34 Jahren am 8. November 1918, in einem Kriegslazarett in Russland an Lungenentzündung, unser liebevoller guter Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Neffe,

der Landsturmmann

August Steinebach.

Um stille Teilnahme bitten:

die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Quirnbach, Hachenburg, den 12. November 1918.

Einen schw. Pelzfragen Montag gefunden. Abzuholen gegen Inseratengebühr Burgstr. Nr. 7.

Wegen Erkrankung des Mädchens sofort oder 1. Dezember ein neues

Mädchen gesucht.

Frau Alfons Olig, Montabaur, Burgstraße 14.

2 möbl. Zimmer mit Frühstück zu vermieten. Frau Heinrich Albert W.

3 Pferde gebe, weil überzählig, nach Wohl preiswürdig ab.

Guter **Hofhund** scharfer Kaufe ich.

Wulf, Hof Adenroth, b. Ransbach.

Ein sehr guter **Wagen** für Einspanner-Pferd oder Ochsenfuhrwerk, und ein prima hochtragendes

Rind fest eingefahren, abzugeben. Näheres zu erfragen

Wiesbaden, Bahnhofstr. 11.

2 Fahrensen

zu verkaufen evtl. gegen 1 gute Rad umzutauschen. Anfrage unter W. 39 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Montabaur, den 18. Nov. 1918. Wir ersuchen, bei kleineren Anzeigen stets **Strassennummer, bezw. Name oder Firma** anzugeben. Anzeigen mit dem Vermerk: „Wo, sagt die Geschäftsstelle des Kreisbl.“ können wir nicht mehr annehmen. Geschäftsstelle des Kreisblattes für den Unterwesterwaldkreis in Montabaur.